

Parlamentarischer Abend: „Freie Berufe und Europa“

Am 17. November 2015 hatte der Landesverband der Freien Berufe Sachsen e.V. wieder zum Parlamentarischen Abend in das Gebäude der Sächsischen Landesärztekammer nach Dresden geladen. Rund 100 Gäste aus Politik und Wirtschaft, darunter die Bundestagsabgeordnete Maria Michalk (CDU) und die Sächsische Staatsministerin für Soziales, Barbara Klepsch, sowie von den Freien Berufen waren dieser Einladung gefolgt. In seiner Begrüßung betonte der Präsident des LFB Sachsen, Hans-Joachim Kraatz, dass die Gesetzgebung von Land, Bund und Europa den Freien Berufen sehr zu schaffen macht. Ob es um die unregelmäßigten Bauleistungen im Vergaberecht, die Versorgungsleistungen und das Arbeitsumfeld der Apotheker, die Unabhängigkeit der Selbstverwaltung oder den Abbau der Bürokratie geht – es geht schleppend oder gar nicht voran.

Entgegen der vollmundigen Ankündigung aller Parteien zum Bürokratieabbau werden auch die Hürden im Praxisalltag für die Heilberufe immer höher. Das ist das genaue Gegenteil einer freien Berufsausübung und schadet letztendlich der Patientenbetreuung. Brüssel will den Wettbewerb innerhalb der EU austarieren, dies bedeute eine Angleichung nach unten. Europa müsse aber mit anderen Kontinenten konkurrieren, Deutschland dabei an vorderster Front. Langfristig sei eine stabile Behauptung auf den internationalen Märkten für Europa wichtiger als kurzfristige wirtschaftliche Balanceakte, betonte Kraatz.

Auch die Ärzteschaft betrachtet die gesetzgeberischen Aktivitäten in Deutschland und Europa mit Sorge. So wird der ärztliche Berufsstand mit einer Vielzahl von Gesetzen aus der Feder des deutschen Gesetzgebers überhäuft: GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, Präventionsgesetz, Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung, Gesetz zur Ster-

behilfe, Antikorruptionsgesetz, E-Health-Gesetz, Tarifeinheitsgesetz, Krankenhausstrukturgesetz und Pflegeberufsgesetz. Der Gesetzgeber ist hier überaus produktiv und beschert den Ärzten eine Vielzahl neuer Reglementierungen, Beschränkungen und neuer Verpflichtungen. Die Politik sollte dabei nicht aus den Augen verlieren, dass die Ärzte und damit die Freien Berufe eine der wichtigsten Triebfedern für Innovation in der modernen, wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft sind. Wo aber die Vorgaben und die Begrenzungen zu groß, zu dicht sind, ist kein Raum mehr für Innovationspotenzial.

Dr. Fritz Jaeckel, Staatsminister und Chef der Sächsischen Staatskanzlei, nahm den Ball in seinem Grußwort auf. Mit Sorge betrachte die Sächsische Staatsregierung die Absenkung der Standards auf europäischer Ebene. Nicht nur in dieser Frage stehe die Staatsregierung zu den Freien Berufen. Denn sie bilden als Klein- und Mittelständische Unternehmen ein Teil des Rückgrats der Gesellschaft. Sachsen sei in Brüssel sehr gut aufgestellt, um Positionen nachdrücklich einzubringen, betonte Dr. Jaeckel. Die Freien Berufe in Deutschland sind ein sehr leistungsfähiger Sektor. Gut jeder zehnte Euro wird in Deutschland durch sie erwirtschaftet. Tendenz steigend. Die Freien Berufe stehen in einem tagtäglichen Leistungswettbewerb. Dass sie bestehen, zeigt, dass sie auf kluges Wachstum setzen. Offenbar versteht man in Brüssel die spezielle Entwicklungsgeschichte der deut-



Staatsministerin Barbara Klepsch, Erik Bodendieck, Staatsminister Dr. Fritz Jaeckel (v.l.) © LFB Sachsen/Holm Heils

schen Freiberuflichkeit nicht. So etwas kann nur in Freiheit wachsen. Freiberufliche Tätigkeit beruht auf Vertrauen und ist dem Gemeinwohl, dem Verbraucherschutz, der Unabhängigkeit, der Qualitätssicherung, der persönlichen Leistungserbringung und der Transparenz verpflichtet. All das rahmt einen funktionierenden Markt und einen kräftigen Mittelstand angemessen ein.

Dr. Günter Danner, Europaexperte der Techniker Krankenkasse und Stellvertretender Direktor der Europaververtretung der Deutschen Sozialversicherung in Brüssel, brachte mit einer äußerst hörenswerthen Sprache den europäischen Blickwinkel zum Ausdruck. Er bemerkt eine „Vergemeinschaftungsoffensive“ der EU. Dazu gehören auch Angriffe auf den Grundsatz der Subsidiarität. Hochproblematisch sei auch die Steuerartenzuordnung. So gäbe es verschiedene Steuersätze in den Euroländern

für gleiche Leistungen oder Waren, wie zum Beispiel Arzneimittel. Dr. Danner ging sehr kritisch auf die Normung von Gesundheitsdienstleistungen ein. Die Europäische Kommission, verschiedene nationale Behörden und Interessengruppen treiben aktuell die Normung von Gesundheits- und Sozialdienstleistungen voran. Dabei verweisen sie auf die Qualität von Gesundheitsdienstleistungen für die Sicherheit von Patienten, die mit dem Instrument der Normung unterstützt werden könnten. Dass Gesundheitsdienstleistungen Besonderheiten aufweisen, wird gern übersehen. Sie werden am Menschen erbracht und müssen daher individuell angepasst werden. Hier tritt ein offener Widerspruch zutage, geht die Europäische Kommission im Zuge ihrer Transparenzinitiative doch davon aus, dass Deregulierung automatisch mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, eine erhöhte Beschäftigung, niedrigere Preise und eine größere Auswahl mit sich bringe. Normung aber bedeutet (weitere) Regulierung. Er unterstrich die Bedeutung des Sozialschutzes für den sozialen Frieden. „Subsidiarität, verstanden als nationalstaatliche Gestaltung des Sozialrechts und seiner Praxisstruktu-



Tänzerinnen des Kinder- und Jugendtanzstudios der TU Dresden

© LFB Sachsen/Holm Helis

ren, gewinnt an Bedeutung in einer Zeit, die ein immer weiteres Auseinanderklaffen der sozialen Versorgungsrealitäten in der EU zeigt.“ Subsidiarität sei auch direkt proportional zum Erfolgsgrad des deutschen Sozialmodells in relativer Staatsferne und Selbstverwaltung. Ein EU-Einheitsmodell des Sozialschutzes sei weder erstrebenswert noch realistisch. Ein Leistungsniveau auf dem kleinsten gemeinsamen volkswirt-

schaftlichen Nenner der EU-Staaten würde niemanden befriedigen, jedoch höchstwahrscheinlich viele enttäuschen. Subsidiaritätsbewahrung sei folgerichtig nicht pauschale EU-Gegnerschaft, sondern ein subtiler und bewährter Weg zur belastbaren Sicherung des generationsübergreifenden sozialen Konsenses.

Knut Köhler M.A.
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit